



Rohingya flüchten aus Burma, weil sie dort eine verfolgte muslimische Minderheit sind. Auf ihrem Weg nach Australien wurden diese beiden Männer gestoppt und nach Indonesien gebracht. Bild: SN/EPA

Ein Kontinent macht dicht

Boatpeople. Australien lässt keine Bootsflüchtlinge mehr ins Land, sondern bringt sie in zwei Auffanglager in Nachbarstaaten. Dort starb am Montag ein Flüchtling.

ELIO STAMM

CANBERRA (SN). Als der australische Immigrationsminister Scott Morrison Ende Jänner triumphierend verkündete, dass seit einem Monat keine Bootsflüchtlinge mehr in Australien gelandet seien, müssen sich manche Landsleute an die verfrühte Siegesrede von George W. Bush nach dem Irakkrieg erinnern. Die liberal-konservative Regierung von Premierminister Tony Abbott hat mit ihrer „Operation souveräne Grenzen“ dem Strom Tausender Flüchtlinge zwar tatsächlich Einhalt geboten. Der Preis dafür ist freilich hoch, nicht nur auf moralischer Ebene.

Australien setzt seine Nulltoleranzpolitik mit militärischen Mitteln durch. Schiffe der Marine haben in den vergangenen Monaten insgesamt sechs Boote mit Flüchtlingen aus Afghanistan, Sri Lanka, dem Iran und dem Irak auf offener See abgefangen und an ihren Ursprungsort, meist Indonesien, zurückgeschickt. Indonesien passt

das gar nicht. Die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn, durch einen Abhörskandal ohnehin schon erschüttert, sind nochmals merklich abgekühlt.

Bei mindestens einem Einsatz sind australische Schiffe in indonesisches Gewässer eingedrungen. Indonesien, Australiens wichtigster Partner in der Region, hat daraufhin Kriegsschiffe entsandt und damit begonnen, die australischen Schiffsbewegungen per Radar genauestens zu verfolgen. „Wir stellen sicher, dass unsere Grenze geschützt ist“, kommentierte der indonesische Außenminister Marty Natalegawa diese Maßnahme. Australien hat sich bei Indonesien für das Malheur inzwischen entschuldigt.

Aus dem Ruder laufen auch die Entwicklungen in Nauru und Papua-Neuguinea. Australien betreibt in beiden Nachbarstaaten seit 2012 zwei Asyllager, in die sämtliche Bootsflüchtlinge während der Bearbeitung ihres Asylantrags abgeschoben werden. Die Lebensbedingungen in den La-

gern, von der Regierung penibel von der Öffentlichkeit abgeschottet, wurden vom UNO-Flüchtlingskommissariat wiederholt als menschenunwürdig kritisiert. Die Asylbewerber, von den Lagermitarbeitern meist nur als „detainees“, also „Häftlinge“ bezeichnet, sorgen immer wieder für Unruhen, seit sie vergangenes Jahr darüber informiert worden sind, dass sie selbst bei einem positiven Asylbescheid nie in Australien leben werden, sondern sich in Papua-Neuguinea niederlassen müssen.

Vergangenes Wochenende sind 35 Flüchtlinge aus dem Lager auf Manus Island in Papua-Neuguinea ausgebrochen. Am Montag kam es zu Ausschreitungen zwischen Asylbewerbern, bei denen ein Flüchtling starb und ein Dutzend Menschen schwere Verletzungen erlitt. Gemäß einem Anwalt fürchteten die Asylbewerber, dass nicht einmal Papua-Neuguinea sie aufnehmen wolle. Damit liegen sie möglicherweise richtig. Papua-Neuguinea hat zwar mit

Australien ein Übernahmeabkommen unterzeichnet, verfügt aber über keine Visakategorie für Flüchtlinge. Außenminister Rimbink Pato sagte, sein Land brauche die Unterstützung der UNO und Australiens, um überhaupt entscheiden zu können, ob anerkannte Flüchtlinge dauerhaft aufgenommen werden können.

Im zweiten Lager im Mikrostaat Nauru, wo auf 10.000 Bewohner tausend Asylbewerber kommen und bei Unruhen im vergangenen Jahr 80 Prozent des Lagers zerstört wurden, ist die Lage derzeit ruhig. Dafür spielt die Politik verrückt. Die Regierung von Nauru hat die ganze Spitze des Justizapparats, drei Australier, ausgebootet. Damit verfügt Nauru nicht länger über ein funktionierendes Justizsystem und verliert die Möglichkeit, die Rechte der Flüchtlinge auf eigenem Boden zu schützen. Dies gibt der Kritik an der australischen Regierung Auftrieb, wonach diese mit ihrem Flüchtlingsexport gegen internationales Recht verstößt.

OHNE PROTOKOLL

Osama Bin Laden auf einem Geldschein

Die Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) überlegt, eigene Geldscheine mit dem Foto von Osama Bin Laden zu drucken. In der westirakischen Al-Anbar-Provinz seien Pläne und bereits ein Muster für einen Geldschein aufgetaucht, berichteten Beobachter in der Provinz.

WELT KOMPAKT

Islamisten stellen Touristen Ultimatum

KAIRO (SN, Reuters). Eine der militantesten Islamistengruppen in Ägypten droht mit weiteren Anschlägen auf Touristen. Die Ausländer sollten bis Donnerstag das Land verlassen, warnte die Organisation Ansar Beit al-Maqdis am Dienstag über den Kurznachrichtendienst Twitter. Sie hatte sich kurz zuvor zu dem Anschlag auf einen Touristenbus auf der Sinai-Halbinsel bekannt, bei dem am vergangenen Sonntag zwei südkoreanische Urlauber und der ägyptische Busfahrer gestorben waren.

Ex-Minister Friedrich verteidigt sich

BERLIN (SN, dpa). Deutschlands ehemaliger Bundesagrarminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ist sich in der Edathy-Affäre weiterhin keiner Schuld bewusst. „Es war meine Pflicht“, sagte er am Dienstag im ZDF über sein Gespräch mit Sigmar Gabriel. Friedrich hatte dem SPD-Vorsitzenden im Oktober mitgeteilt, dass der Name des Sozialdemokraten Sebastian Edathy bei Ermittlungen im Ausland aufgetaucht war.

In Indien soll ein neuer Bundesstaat entstehen

NEU-DELHI (SN, dpa). Indiens Unterhaus hat nach erbittert geführtem Streit am Dienstag für die Schaffung eines neuen Bundesstaates im Südosten des Landes gestimmt. Telangana soll durch eine Abspaltung von Andhra Pradesh entstehen. Die Menschen im Norden Andhra Pradesh hatten die Trennung seit mehr als einem halben Jahrhundert verlangt, weil sie meinen, ihre Region werde benachteiligt.

Auf Flüchtlinge schießen ist eine Schande

Der Grundgedanke der EU wird ad absurdum geführt. Denn ein Friedensprojekt auf Kosten derer, die das Pech haben, nicht innerhalb dessen Grenzen zu leben, verdient den Namen nicht.

Die Erschütterung über die rund 300 vor Lampedusa Ertrunkenen dauerte noch kürzer als angenommen. Statt dem Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende zu machen, sucht Europa nach Möglichkeiten, um die Menschen am Überqueren desselben zu hindern. Mit jeder Form von Gewalt. Die spanische Polizei rechtfertigt ihr jüngstes Vorgehen, das viele Menschenleben forderte, schlicht mit angeblicher Notwendigkeit und der Tatsache, dass man ohnehin „nur“ Gummigeschosse eingesetzt habe. Auf Verzweifelte zu schießen ist also in diesem Europa des 21. Jahrhunderts „gerechtfertigt“.

Jedes Mal, wenn dergleichen geschieht – und es geschieht in jüngster Zeit immer öfter – machen die politischen Zuständigen besorgte Gesichter, sprechen von einer Tragödie und verspre-



chen Abhilfe. Die Verzweifelten nehmen dieses Versprechen dann für bare Münze, obwohl wir inzwischen längst wissen, dass es ausschließlich bedeutet, die Grenzen noch dichter zu machen.

Dieses Europa – das seinerzeit als Friedensprojekt entstand und verhindern sollte, dass sich die Gräueltaten der beiden großen Weltkriege und des Holocaust wiederholen – dieses Europa also scheint inzwischen an nichts anderem mehr interessiert zu sein, als an der Abschottung gegenüber dem Rest der Welt. Womit allerdings der Grundgedanke der Europäischen Union ad ab-

surdum geführt wird – denn ein Friedensprojekt auf Kosten derer, die das Pech haben, nicht innerhalb dessen Grenzen zu leben, verdient diesen Namen nicht.

Europa hätte eigentlich die Aufgabe, gerade aufgrund seiner historischen Erfahrungen ganz anders zu agieren. Zuerst als Friedensstifter und gleichzeitig als echter Entwicklungshelfer – Entwicklungshelfer nicht im Sinn von ein bisschen Geld und vielen schön klingenden Worten, sondern als Entwicklungshelfer im Sinn von Schaffung einer neuen, gerechteren Gesellschaft, die ihre Mitglieder nicht nur ernähren, sondern ihnen auch ein menschenwürdiges Leben bieten kann. Stattdessen benutzt man, was man von allen außerhalb der Grenzen Europas brauchen kann – und zwar ausschließlich auf den

eigenen Vorteil bedacht – und überlässt jene sich selbst, die nach jahrhundertelanger Ausbeutung durch all jene europäischen Mächte, die jetzt so sehr darauf bedacht sind, Europa zur Festung umzubauen, schwer darniederliegen. Deren Probleme, so der europäische Tenor, sind selbst gemacht und gehen uns nichts an. Was natürlich eine Lüge ist. Zum einen weil „wir“ – also Europa – durchaus jene Probleme mit geschaffen haben, die sich da jetzt auftürmen, und weil „wir“ zum Zweiten früher oder später direkt mit diesen Problemen konfrontiert werden, ob wir wollen oder nicht. Auf Menschen, die vor Mord und Totschlag, Hunger und Elend flüchten, zu schießen, ist dieses Friedensprojekts Europa nicht nur nicht würdig – es ist eine große Schande.

Susanne Scholl hat von 1991 bis 2009 für den ORF aus Moskau berichtet und lebt jetzt als freie Journalistin und Schriftstellerin in Wien.

www.salzburg.com/scholl